

Privater Betreiber für das Schulzentrum

Die CDU-Fraktion will schneller und günstiger sanieren lassen: Die Verwaltung soll die Möglichkeiten prüfen

Die CDU will die Verwaltung prüfen lassen, ob ein privater Betreiber die geplanten Sanierungs- und Neubauarbeiten im Schulzentrum schneller und günstiger erledigen könnte als die Stadt.

VON STEFAN KOHL

LANGENHAGEN. Nach den aktuellen Plänen soll die Sanierung rund 13,5 Millionen Euro kosten und erst 2021 abgeschlossen sein. Für den Neubau der Mensa und

zusätzlicher Klassenräume kommen 8,5 Millionen Euro dazu.

Nach Vorstellung von CDU-Fraktionschef Mirko Heuer könnte ein privater Investor als Betreiber die notwendigen Arbeiten in zwei bis drei Jahren erledigen. Dafür sowie für die Instandhaltung bekäme er von der Stadt als Nutzerin der Schule für 15 bis 25 Jahre eine vorher festgelegte Summe. Anschließend würde die Stadt wieder den Schulbetrieb übernehmen. Günstiger könnte das nach

Heuers Ansicht werden, weil private Betreiber oft ein höheres Fachwissen haben als die Verwaltung, weil sie alle Leistungen aus einer Hand beziehen, einen günstigeren Einkauf nutzen und viele Aufgaben in der Zentrale ohne großen Mehraufwand mit erledigen könnten. Für die nächsten Haushalte bedeute ein solches Public Private Partnership ein Plus an Planbarkeit und Stetigkeit, sagt Heuer. Außerdem könne ein privater Betreiber immer dann handeln, wenn es

nötig sei, und müsse nicht auf die Genehmigung von Haushalten warten.

Heuer sieht nicht die Gefahr, dass eine schnelle Sanierung den Unterricht stören könnte, weil sie sich nicht nur auf die Schulferien beschränken würde: „Sind die neuen Räume erst mal fertig, könnten betroffene Klassen dorthin umgesiedelt werden. Außerdem gibt es genug Arbeiten, die den Unterricht nicht stören.“

Stadtsprecher Roman Sickau

verweist auf den bestehenden politischen Beschluss zur Schulsanierung durch die Verwaltung. Deshalb gebe es bei der Stadt auch noch keine konkreten Überlegungen in Richtung Public Private Partnership. „Wir warten die Entscheidung über den CDU-Antrag ab“, sagt Sickau.

Mit dem Antrag der CDU beschäftigt sich am Donnerstag, 11. Februar, der Stadtplanungs- und Umweltausschuss ab 17.30 Uhr im Rathaus.